

Neue Strategie soll Digitalisierung bei der Polizei vorantreiben

Eine sichere Polizei-Cloud, flächendeckendes WLAN mit CN-Pol-Zugang und mobiles Arbeiten, der Einsatz von künstlicher Intelligenz für polizeiliche Aufgaben, eine App für die Aufnahme von Verkehrsunfällen und vieles mehr: Die vom NRW-Innenministerium herausgegebene neue Digitalstrategie markiert den Weg der Polizei heraus aus dem Papierzeitalter.

„Digital einen Schritt voraus“ – unter dem Motto blickt die Strategie auf die kommenden fünf Jahre.

Vorgesehen sind 60 Einzelmaßnahmen mit einem geschätzten Volumen von etwa 100 Millionen Euro.

Die GdP begrüßt die Strategie. „Bei der Digitalisierung hat die Polizei in NRW weiter erheblichen Nachholbedarf“, sagt Landesvorstandsmitglied Patrick Schlüter. Gerade in den letzten Jahren habe sich viel getan. Schlüter nennt beispielhaft die Anschaffung von mittlerweile über 32.000

Smartphones – und es sollen noch mehr werden. Jeder Beschäftigte soll sein eigenes Endgerät bekommen. Nach wie vor werde aber viel Papier produziert, nach wie vor sei bei der Digitalisierung vieles „Stückwerk“.

Mit der neuen, auf einen Vorgänger aufbauenden Strategie habe man nun das Ge-

fühl, „dass sich die Dinge zu einem großen Ganzen fügen können“, meint Schlüter. Besonderen Charme hat aus seiner Sicht der sogenannte One-Device-Ansatz: Möglichst viele Funktionen, die sich bisher auf viele Endgeräten verteilen (wie z. B. Telefon, Kamera, Funkgerät, Auswerterechner, Fast-ID-Geräte), sollen in möglichst wenigen Geräten zusammengeführt werden. In der Praxis würde dann das Smartphone auf der Wache in die Dockingstation gelegt und die vorher beim Einsatz begonnenen Dokumente könnten dann direkt am Rechner weiterbearbeitet werden. Oder: Fotos werden nicht mehr mit einer Extrakamera, sondern dem Smartphone gemacht. Sie müssen dann nicht mehr eigens heruntergeladen werden, sondern können direkt dem Vorgang zugeordnet werden.

Ebenfalls vielversprechend: das „virtuelle Großraumbüro“. In der künftigen Polizei-Cloud sollen noch übers Land verteilte Verfahren und Systeme zusammengeführt werden, alle Polizeibehörden können darauf zugreifen. Gerade bei aufwendigen Umfangsverfahren wie großen Einbruchserien erleichtert das die Zusammenarbeit – und die Arbeit insgesamt. Speicher- und Rechenkapazitäten sind zentral verfügbar.

Wie für die Arbeitswelt insgesamt gilt auch bei der Polizei: „Unser Arbeitsplatz wird sich massiv verändern“, sagt Patrick Schlüter. Er glaubt, dass die Arbeit unterm Strich für Kolleginnen und Kollegen einfacher und leichter werden kann. „Wenn man einzelne Arbeitsvorgänge betrachtet, dürften sich auch neue Potenziale für mobiles Arbeiten und Homeoffice ergeben“, sagt der GdP-Experte. Wichtig für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Pflege. Und wichtig für die Polizei – wenn sie ein attraktiver Arbeitgeber sein will.

Klar ist: Der ganze Prozess verlangt ein kluges Wissensmanagement. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen mitgenommen und beständig fortgebildet werden. Die Zeit drängt, weil Digitalisierung in der Gesellschaft immer weiter fortschreitet und sich





auch Kriminalität immer mehr ins Internet verlagert.

Auch gesetzliche Vorgaben machen Druck: Laut Onlinezugangsgesetz müssen Verwaltungsleistungen der Polizei (ohne Strafsachen) ab Jahresbeginn 2023 im Internet möglich sein. Bis Jahresbeginn 2024

sollen zudem die elektronische Akte, die elektronische Laufmappe und ersetzendes Scannen kommen. So will es das eGovernment-Gesetz NRW.

Welche Rolle künstliche Intelligenz (KI) auch jenseits von Kinderpornografie-Ermittlungen spielen kann – das lotet derzeit

eine im vergangenen Sommer eingesetzte Landesarbeitsgruppe aus. Die Experten sollen den Markt in Augenschein nehmen, Einsatzmöglichkeiten benennen, aber eben auch ethische Grenzen abstecken. Ziel ist der flächendeckende Einsatz von KI bei der Polizei. ■

Corona ist nicht alles



Kein Thema beherrscht die öffentliche Wahrnehmung so sehr wie Corona. Andere Themen haben kaum eine Chance, nach außen vorzudringen. Selbst die Klimakrise nicht. Dabei gibt es mit der rasant fortschreitenden Digitalisierung der gesamten Gesellschaft längst einen weiteren Megatrend, der unser gesamtes Leben nachhaltig verändern wird. Auch die Arbeit der Polizei. Lange Zeit war die Digitalisierung für die Polizei ein Fremdwort. Mussten Verkehrsunfälle mit der Kladde festgehalten werden, um die bereits erfassten Daten auf der Wache noch einmal digital einzugeben. Musste die Fahndung nach Straftätern auf eine Kriminalaktenhaltung in Papierform zurückgreifen. Selbst das Smartphone ist in NRW gerade erst flächendeckend für jede Polizistin und jeden Polizisten eingeführt worden. 15 Jahre nach seiner Erfindung.

Inzwischen hat der Aufholprozess bei der Polizei begonnen. 100 Millionen Euro will das Land in den kommenden fünf Jahren in die Digitalisierung der Polizei investieren. Verteilt auf eine Viel-

zahl von Einzelprojekten, die erst in der Summe ein Ganzes ergeben. Viele Arbeitsprozesse bei der Polizei werden sich von Grund auf verändern. Umständliche Kommunikationswege und die mühsame Doppelt- und Dreifacherfassung der immer gleichen Daten werden schon bald der Vergangenheit angehören. Die Arbeit bei der Polizei wird dadurch nicht nur effektiver, sondern auch deutlich komplexer. Die GdP trägt diesen Veränderungsprozess ausdrücklich mit. Wir haben lange dafür gekämpft, dass sich die Polizei der Digitalisierung nicht verweigert. Aber der Prozess muss nachhaltig gestaltet werden. Die Digitalisierung der einzelnen Arbeitsprozesse darf nicht nur von Rationalisierungseffekten getrieben werden, sondern sie muss vor allem der Qualitätssteigerung der polizeilichen Arbeit dienen. Und der Arbeitszufriedenheit.

Ohne die Beschäftigten geht das nicht, denn sie sorgen am Ende dafür, dass die Arbeit der Polizei stimmt. Deshalb müssen die Beschäftigten bei der Polizei bei den einzelnen Digitalisierungsschritten von vornherein mitgenommen werden. Von der frühzeitigen Prozesseinbindung über bessere Fortbildungsangebote bis zur Schaffung von neuen Aufstiegsperspektiven. Auch die Frage, wie die mit der Digitalisierung in einzelnen Bereichen entstehende Mehrarbeit aufgefangen werden kann, muss geklärt werden. Die Fehler, die in diesem Punkt bei VIVA gemacht worden sind, dürfen sich nicht wiederholen.

Michael Mertens
Landesvorsitzender

Vielzahl an Coronademos fordert die Polizei auch in NRW stark

Mal waren es nur wenige Dutzend, dann Meinige Hundert, dann mehrere Tausend Teilnehmer: Corona hat in den vergangenen Wochen Menschen auch in Nordrhein-Westfalen auf die Straßen getrieben. Meistens wurde gegen Impfungen, eine mögliche Impfpflicht und die Beschränkungen demonstriert. Allein vom 11. Dezember bis zum 7. Januar wählte das NRW-Innenministerium landesweit 722 Versammlungen zum Thema Corona.

Anders als in anderen Bundesländern verliefen die Versammlungen in NRW laut Ministerium bislang „weitgehend friedlich“. Insbesondere die Vielzahl an unangemelde-

ten Corona-„Spaziergängen“ forderte die Polizei stark. GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens hält diese für Etikettenschwindel: „Tatsächlich handelt es sich fast ausschließlich um im Internet verabredete, unangemeldete Versammlungen.“

Der Verstoß gegen die Anmeldepflicht für Versammlungen ist strafbar – und schlicht unnötig: „Wir sind ein Rechtsstaat – wer hier demonstrieren will, kann das tun“, betont Mertens. Er sieht ausdrücklich keine Spaltung der Gesellschaft. Das Teilnehmerfeld der Coronademos ist laut Verfassungsschutz auch überaus heterogen. Da sind Coronaleugner und Impfgegner eben-

so unterwegs wie bekannte Rechtsextreme, Esoteriker oder auch die bürgerliche Mitte.

Auch in NRW sind Coronaproteste emotionaler und radikaler geworden. Der Verfassungsschutz erkennt „zunehmend demokratiefeindliche Tendenzen“. In Minden versuchte eine kleine Gruppe, vor das Haus der Landrätin Anna Bölling (CDU) zu ziehen; in Köln wurde eine Scheibe des Wahlkreisbüros von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) eingeworfen.

Gleichwohl: Von einer Lage wie zum Beispiel in Sachsen ist NRW noch entfernt. „Wir müssen aber aufpassen, dass wir nicht dahin kommen“, warnt Mertens. Er appelliert an die Politik, „in der Pandemie die Sprache klar zu halten, die Regeln nachvollziehbar zu gestalten und einen Weg raus aus den Beschränkungen aufzuzeigen“. ■



WERTSCHÄTZUNG SIEHT ANDERS AUS

Übernahme des Tarifabschlusses, aber keine strukturellen Verbesserungen

Nach langem Zögern hat die Landesregierung am 5. Januar in einem Spitzengespräch mit den Gewerkschaften angekündigt, dass der bereits Ende November erreichte Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst in NRW zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfänger übertragen wird. Der Forderung der Gewerkschaften nach strukturellen Verbesserungen haben CDU und FDP dagegen eine Absage erteilt.

Konkret bedeutet die Ankündigung der Landesregierung, der der Landtag noch zustimmen muss, dass die Bezüge der Beamtinnen und Beamten und der Versorgungsempfänger zum 1. Dezember 2022 um 2,8 Prozent steigen. Alle aktiven Beamten erhalten zudem bis zum 31. März eine einmalige, steuerfreie Coronasonderzahlung in Höhe von 1.300 Euro bzw. von 650 Euro für die Anwärterinnen und Anwärter. Das gilt allerdings nicht für die Versorgungsempfänger.

Für die GdP ist damit eine rote Linie überschritten, weil mit der Entscheidung der Landesregierung prinzipiell die Tür für eine Abkopplung der Versorgungsempfänger von den Bezügen der aktiven Beamten geöffnet wird. Landesvorsitzender Michael Mertens, der als einer der vier Vertreter des DGB an dem Gespräch mit der Landesregierung unmittelbar beteiligt war, hatte deshalb eine Kompensation für die Pensionäre gefordert. Dass die Versorgungsempfänger nicht mehr im aktiven Dienst sind und deshalb keine Coronapauschale erhalten können, dürfe nicht dazu führen, dass ihre Bezüge für 14 Monate eingefroren werden, hatte er gegenüber der Landesregierung betont, war mit seiner Forderung aber an der Blockadehaltung von Ministerpräsident Hendrik Wüst und Finanzminister Lutz Lienenkämper, beide CDU, gescheitert.

Auch die Forderungen der Gewerkschaften nach strukturellen Verbesserungen im

öffentlichen Dienst, insbesondere nach einer Anhebung der zum Teil schon seit Jahrzehnten eingefrorenen Zulagen und nach einer Reduzierung der überlangen Arbeitszeit bei den Beamten, hat die Landesregierung in dem Gespräch mit den Gewerkschaften eine klare Absage erteilt. Auch das ist aus Sicht der GdP vollkommen inakzeptabel.

Unmittelbar nach Ende des Gesprächs sagte Michael Mertens deshalb gegenüber den Medien: „In der Politik herrscht noch immer das Bild eines gut bezahlten öffentlichen Dienstes vor. Mit der Realität hat das aber nichts zu tun.“ Und ergänzte: „Bei der Polizei sind die Zulagen für die besonderen Belastungen des Dienstes ein fester Einkommensbestandteil. Werden sie eingefroren,

führt das zu einem unmittelbaren Gehaltsabbau. Und die 41-Stunden-Woche ist eine Zumutung. Die Landesregierung weiß das, tut aber nichts. Sie schadet damit unserem Land.“ Mertens kündigte an, dass die GdP beide Forderungen mit Nachdruck weiter verfolgen wird. „Wir werden das auch im Landtagswahlkampf deutlich machen“, sagte er.

Dass es so nicht weitergehen kann, wenn die CDU und FDP die im Mai anstehende Landtagswahl nicht bereits verloren geben wollen, hat sich inzwischen offenbar auch bei den beiden Regierungsparteien herumgesprochen. Am 11. Januar, nur wenige Tage nach dem Spitzengespräch mit den Gewerkschaften zur Übernahme des Tarifabschlusses, hat die Landesregierung in einer Presseerklärung angekündigt, dass die Kostendämpfungspauschale im Beihilferecht in NRW entfallen wird. Davon würden vor allem die Versorgungsempfänger profitieren. Mit der Streichung der Vorsorgepauschale setzt die Landesregierung eine langjährige Forderung der GdP um.

Offiziell begründet die Landesregierung die geplante Streichung der Kostendämpfungspauschale damit, dass sie dadurch den Forderungen des Bundesverfassungsgerichts nach einer amtsangemessenen Alimention der Beamten nachkommen will. Ob die Streichung der Pauschale allerdings reicht, um den Vorgaben aus Karlsruhe zur amtsangemessenen Alimention der Beamten Genüge zu tun, ist aus Sicht der GdP zweifelhaft. Auch hier wird die GdP weiter Druck machen. ■





Kindesmissbrauch: „BAO Berg“ blickte in tiefste menschliche Abgründe

„Jede Stunde, die wir verwandt haben, war den Einsatz wert“, sagt Kölns Polizeipräsident Uwe Jacob. Nach 26 Monaten mit in der Spitze 347 Ermittlern wurde nun die „BAO Berg“ aufgelöst, die den Missbrauchskomplex „Bergisch Gladbach“ aufgearbeitet hat. 65 Kinder und Jugendliche konnten die Ermittler aus dem Zugriff von Pädokriminellen befreien. Die Opfer haben schlimmsten Missbrauch erlitten – das jüngste von ihnen ist ein vergewaltigtes Baby, gerade drei Monate alt.

439 Tatverdächtige konnten identifiziert werden – nicht nur aus Deutschland und dem benachbarten Ausland, auch den USA. Bundesweit gab es 27 Festnahmen (NRW: 13). In einer Reihe von Fällen hat die Justiz schon geurteilt. Gegen den Familienvater aus Bergisch Gladbach, der die Ermittlungen ausgelöst hatte, wurden zwölf Jahre Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung verhängt.

Die Ermittler kämpften sich durch Unmengen von Bildern und Videos, allein auf ei-

nem Handy wurden 133 000 Fotos und 1400 Filme entdeckt. Die abscheulichen Darstellungen brachten selbst erfahrene Polizeibeamte an die Grenze des Erträglichen – und darüber hinaus.

Ebenso gab es in der Begegnung mit Opfern und Angehörigen immer wieder Begebenheiten, die an die Nieren gingen. So klammerte sich ein Kind in der Vernehmung an sein Stofftier, das ihm erkennbar Sicherheit gab. Geschenkt hat-

te es ihm, ausgerechnet: der tatverdächtige Onkel.

Für die in der „BAO Berg“ an der Aufklärung Beteiligten war eigens ein Betreuungs- und –Schutzkonzept entwickelt worden. Es macht möglich, dass Beschäftigte sofort eine andere Verwendung erhalten, wenn die Arbeit zu belastend wird. Die GdP fordert, dass dieses Konzept weiterentwickelt und bei ähnlichen Verfahren zum Standard wird.

„Missbrauchskomplexe wie in Bergisch Gladbach oder auch Münster und Lügde werden keine Einzelfälle bleiben“, mahnt GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens. Die GdP drängt darauf, dass der Berechtigten-Kreis für die Zulage für Ermittler im Bereich Kinderpornografie auf alle Beteiligten erweitert wird.

„Dass ausgerechnet die Vernehmer, die die traumatisierten Missbrauchsoffer befragen müssen, davon ausgenommen werden, ist ein Skandal“, kritisiert Mertens. Der geleisteten Ermittlungsarbeit zollt er höchsten Respekt. Etwa 500 noch offene Spuren der „BAO Berg“, bei denen erkennbar keine Opfer akut in Gefahr sind, werden nun noch von einer Ermittlungsgruppe aufgearbeitet. ■

Palantir: Fluch oder Segen?

Nicht nur bei der Verfolgung von Kindesmissbrauch, sondern auch bei der Verhinderung von Terroranschlägen führt an der Nutzung von Datenauswertungsprogrammen kein Weg vorbei. Sonst hat die Polizei keine Chance, den Tätern auf die Spur zu kommen. Nach Hessen nutzt deshalb auch NRW seit Oktober 2020 bei der Verfolgung schwerster Straftaten ein vom amerikanischen IT-Unternehmen Palantir entwickeltes Softwareprogramm. Das neue Recherchetool DAR (Datenbankübergreifende Analyse und Recherche) funktioniert wie ein polizeieigenes Google: Innerhalb von wenigen Sekunden kann die

Software den gesamten Datenbestand der Polizei nach bestimmten, bei den Ermittlungen aufgetauchten Begriffen durchsuchen und Querverbindungen zu anderen Vorgängen auswerfen. Auch die Daten der Einwohnermeldeämter, des nationalen Waffenregisters und der Ausländerbehörden können bei der Suche einbezogen werden.

Die neue Software hat den Vorteil, dass bei der Verfolgung einer Täterspur Zusammenhänge aufgedeckt werden, die sonst im Verborgenen geblieben wären, weil die alternative Durchforstung der zahlreichen parallel bestehenden Datenbanken

der Polizei viel zu zeitintensiv ist. Der große Erfolg der Ermittlungsgruppe Berg wäre ohne die Hilfe moderner Daten-Analyse-Systeme schlicht nicht möglich gewesen.

Trotzdem gibt es auf der politischen Ebene Zweifel an der Zulässigkeit der Palantir-Software. Die Kritiker stützen sich auch auf eine Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten von NRW. Er hält die Rechtsgrundlage für die Nutzung der Software für nicht ausreichend. Die GdP teilt diese Kritik nicht, dringt aber darauf, dass die neue Analyse-Software nur bei der Verfolgung von bestimmten, besonders schweren Straftaten eingesetzt wird. ■

Starker Zuwachs: Junge Gruppe stellt mehr als ein Drittel der Mitglieder

Wer als GdP-Mitglied in Nordrhein-Westfalen noch nicht das 32. Lebensjahr vollendet hat, zählt zur Jungen Gruppe. Inzwischen stellt die Junge Gruppe mehr als ein Drittel der 46 000 Mitglieder. Für sie will der im Juli neugewählte Gruppenvorstand eine starke Stimme sein.

Beispiel: Dienstbekleidung. „Kommissaranwärter bekommen in der Ausbildung lediglich einen Pullover gestellt“, berichtet die Vorsitzende Lina Marie Neuberg (25). Sie findet das weder zeitgemäß noch sachgerecht. Überhaupt gebe es bei der wärmenden Winterkleidung Verbesserungsbedarf.

Teamarbeit ist Trumpf. Der neue Vorstand hat das erste halbe Jahr genutzt, sich zu sortieren und Ansprechpartner für Themenfelder zu benennen. Bei einer Vorstandsklausur im Januar nach Redaktionsschluss dieser DP-Ausgabe wurden die Arbeitsschwerpunkte für 2022 benannt. Es gibt

viele Anliegen, viele Ideen. Beispielsweise soll geprüft werden, ob schon in der Ausbildung das Schießen aus dem Beinholster trainiert werden kann.

Einbringen will sich der Vorstand der Jungen Gruppe auch bei der Frage, wie die Mitgliederwerbung noch besser werden kann. Gerade die ersten Monate im Berufsleben seien immens wichtig, in denen so viele Informationen auf die Kommissaranwärter einprasseln. „Die Gewerkschaft kann und muss hier Lotse und Begleiter sein“, sagt Neuberg. Mit den Handbüchern und den Klausurchecks biete die GdP bereits ganz wichtige Hilfen. Eine Überlegung sei, das durch Veranstaltungen der Jungen Gruppe an den Hochschulen zu begleiten – wenn Corona und die Hochschulen das möglich machen.

Polizeikommissarin Neuberg weiß selbst noch sehr gut, was sie damals bewog, in eben dieser Phase in die GdP einzutreten:



„Ich wollte zur Familie gehören – zur Polizeifamilie und zur Gewerkschaftsfamilie.“ In dieser Gewerkschaftsfamilie sollte die Stimme der jüngeren Kolleginnen und Kollegen mehr Gewicht haben, davon ist man bei der Jungen Gruppe überzeugt.

Zum Landesdelegiertentag im Mai gibt es deshalb den Antrag, die Zahl der Delegierten der Jungen Gruppe künftig zu erhöhen von acht auf 18 – analog zu den landesweit mittlerweile 18 000 Mitgliedern der Jungen Gruppe. „Also ein Delegierter pro 1000 junge Mitglieder“, sagt Neuberg. Sie begründet den Antrag so: „Wir wollen einfach zeigen, dass junge Menschen interessiert sind, ihre Zukunft zu gestalten.“ Zudem seien fast 50 Prozent der aktiven GdP-Mitglieder im Junge-Gruppe-Alter, so Neuberg weiter. Die Erhöhung von acht auf 18 solle nicht zu Lasten anderer gehen, deshalb solle die Zahl der Delegierten insgesamt erhöht werden. ■

Auch Landratsbehörden bekommen den Taser

Hartnäckigkeit zahlt sich aus. Das gilt auch für den Taser: Mitte Dezember hat Innenminister Herbert Reul (CDU) angekündigt, dass der in Polizeikreisen auch als Distanz-Elektro-Impuls-Gerät (DEIG) bezeichnete Taser in weiteren elf Polizeibehörden flächendeckend als Standardausrüstung für den Wach- und Wechseldienst eingeführt wird. In Zukunft wird der Taser damit in 18 der 47 Kreispolizeibehörden in NRW zur Verfügung stehen.

Sechs davon sind Landratsbehörden: Neben der Polizeibehörde des Rhein-Erft-Kreises, die bereits am Pilotprojekt zur Erprobung des Tasers beteiligt war, gilt das für die Kreispolizeibehörden in Borken, Steinfurt, Gütersloh, Paderborn sowie den Märkischen Kreis. Bis Ende des Jahres werden außerdem die Polizeipräsidien Aachen, Bochum, Bonn, Münster, Recklinghausen und Wuppertal flächendeckend mit dem Taser ausgerüstet. Bereits im Oktober vergangenen Jahres hatte Reul zudem entschieden, dass der Taser über das Ende des Pilotprojekts hinaus nicht nur in den vier am Pilotprojekt beteiligten Polizeibehörden Dortmund, Düsseldorf, Gelsenkirchen und Rhein-Erft-Kreis als Einsatzmittel erhalten bleibt, sondern auch in Köln, Duisburg und Essen eingeführt wird.

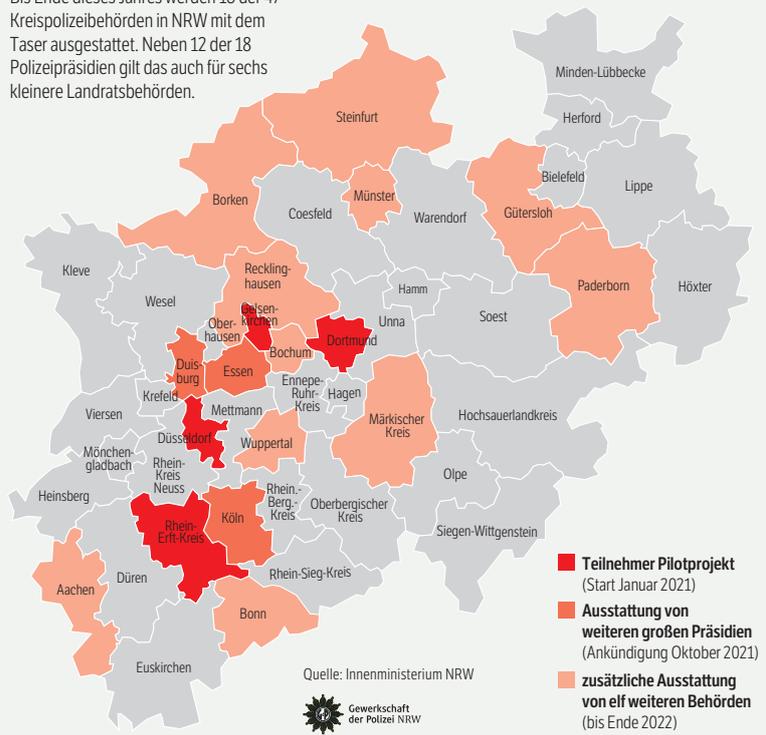
Möglich geworden ist die Anschaffung der zusätzlichen Taser durch einen Mitte Dezember vom Landtag beschlossenen Antrag der beiden Regierungsfractionen CDU und FDP, für den Taser zusätzlich 4,5 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Die GdP hat die zusätzlichen Mittel für den Taser ausdrücklich begrüßt. „Auch im ländlichen Raum kommt es häufig zu massiven Widerstandshandlungen und zu Angriffen auf Polizistinnen und Polizisten. Deshalb brauchen wir auch hier den Taser, um Angreifer zu stoppen und gefährliche Situationen zu deeskalieren“, erklärte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens gegenüber der Presse. „Dass die zusätzlichen Mittel nur drei Monate nach der Grundsatzentscheidung zur Einführung des Tasers bereitgestellt werden, ist vor allem dem hart-

näckigen Drängen der Innenpolitiker der beiden Regierungsfractionen CDU und FDP zu verdanken“, ergänzte Mertens.

Die GdP geht davon aus, dass nach der Landtagswahl im Mai auch die übrigen Kreispolizeibehörden mit dem Taser ausgestattet werden. ■

Knapp die Hälfte bekommt den Taser

Bis Ende dieses Jahres werden 18 der 47 Kreispolizeibehörden in NRW mit dem Taser ausgestattet. Neben 12 der 18 Polizeipräsidien gilt das auch für sechs kleinere Landratsbehörden.



Hörbar stark. Sichtbar wirksam.

Landesdelegiertentag 2022



Countdown für den Landesdelegiertentag gestartet

Noch knapp drei Monate, dann findet vom 3. bis 5. Mai der Landesdelegiertentag 2022 der GdP in Düsseldorf statt. Wichtigste Aufgabe des alle vier Jahre stattfindenden Landesdelegiertentags ist die Wahl des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstands (GVS). Außerdem beraten die 197 von den Kreisgruppen und den Personengruppen nominierten Delegierten über die Arbeitsschwerpunkte und Ziele der GdP für die kommende Wahlperiode.

Knapp 300 Anträge wurden dazu von den Kreisgruppen vor Ort, den Bezirksverbänden, den Personengruppen und dem amtierenden Vorstand an die Geschäftsstelle

in Düsseldorf geschickt. Das Themenspektrum reicht von der Verbesserung der Ausrüstung über Aufstiegs- und Besoldungsfragen bis hin zu Forderungen für die einzelnen Arbeitsbereiche bei der Polizei wie die Kripo und die Direktion Verkehr. Etliche Anträge beschäftigen sich zudem mit der Situation im Tarifbereich. Aber auch Querschnittsthemen wie die Forderung nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die Folgen der Digitalisierung für die Arbeitsbedingungen bei der Polizei spielen eine größere Rolle.

Die Anträge werden jetzt gesichtet und bis Ende März zusammen mit einer Be-

schlussempfehlung der Antragsberatungskommission an die Delegierten versandt. In diesem Jahr übrigens erstmals im Online-Format. Denn auch bei der GdP schreitet die Digitalisierung rasant voran.

Viele der Forderungen, die auf dem Landesdelegiertentag beraten werden, richten sich auch an die Politik. Die GdP macht das in dem Bewusstsein, dass sie ein entscheidender Faktor ist, wenn es um die Stärkung der inneren Sicherheit und um die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen bei der Polizei geht. Der Landesdelegiertentag steht deshalb in diesem Jahr unter dem Motto: „Hörbar stark. Sichtbar wirksam.“ ■



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 7.2. Christel Renner, Würselen
- 21.2. Margarete Hütz, Korschenbroich
- 26.2. Inge Wolff, Duisburg
- 28.2. Richard Wiedom, Lüdinghausen

91. Geburtstag

- 17.2. Helmut Kretschmer, Recklinghausen

92. Geburtstag

- 7.2. Günter Seidel, Köln
- 27.2. Ottmar Hans Zeides, Schwalmtal

93. Geburtstag

- 4.2. Renate Engelin, Bochum
- 6.2. Lieselotte Schnitzer, Bad Eilsen
- 11.2. Wilhelmine Woerner, Hamminkeln
- 19.2. Anneliese Schuster, Kamen
- 26.2. Joachim Lehnert, Unna

94. Geburtstag

- 4.2. Isolde Strothmann, Bochum
- 12.2. Margarete Heyer, Willich
- 21.2. Helmut Schramm, Bielefeld
- 26.2. Henni Froese, Remscheid

95. Geburtstag

- 1.2. Anneliese Warm, Dortmund
- 8.2. Friedrich Pickert, Dorsten

- 15.2. Erika Haarmann, Meinerzhagen

96. Geburtstag

- 26.2. Heinz Pötter, Köln
- 27.2. Johann Jaskolla, Bottrop

97. Geburtstag

- 11.2. Christa Waldorf, Bonn
- 19.2. Brigitta Sennefelder, Aachen

98. Geburtstag

- 27.2. Hildegard Unterfeld, Schwerte

100. Geburtstag

- 12.2. Gertrud Palka, Dortmund

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

Anzeige

Marianne Funke
GmbH & Co. KG

May-Eyth-Straße 47
46149 Oberhausen
Tel. 02 08/74 04 99 39
Fax 02 08/59 88 68

DP – Deutsche Polizei
Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Redaktion
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Holger Dumke
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 3. Februar.

ISSN 0170-6462

Urlaub schon gebucht?

Auch 2022 stehen Ihnen unsere
Touristikexperten bei Ihrer
Reiseplanung zur Seite.

Buchen Sie und Ihre Angehörigen in dem Reisebüro,
in dem sich Ihre GdP Mitgliedschaft für Sie auszahlt.

Rufen Sie uns an.
Wir freuen uns auf Sie!



GdP Reiseservice
0211/29101 - 60
www.gdp-reiseservice.de

pinguin@gdp-reiseservice.de
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im Februar erhalten einen Thalia-Gutschein im Wert von 35 Euro.

45 8971, Oberhausen
45 58491, Recklinghausen
45 24949, Hagen

Seminare bis Ende März nur online

Wegen der allgemeinen Coronalage finden bei der GdP in NRW schon seit Mitte

November keine Präsenzseminare mehr statt. Das bleibt auch einstweilen so – jetzt im Februar und auch den gesamten März hindurch. Dann wird die Abteilung Bil-

dung des Landesbezirks die Situation neu bewerten. Weiterhin gilt: Soweit möglich werden Seminare online angeboten. Mehr Infos: www.gdp-nrw.de (unter „Bildung“).

Mit Peter Hugo verliert die GdP einen begnadeten Netzwerker

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) trauert um ihren früheren stellvertretenden Landesvorsitzenden Peter Hugo (71). Peter Hugo ist nach dem Abschluss der Realschule und einer Ausbildung zum Speditionskaufmann Ende der Sechzigerjahre zur Polizei gekommen. Wegen seiner schnellen Auffassungsgabe fiel er seinen Vorgesetzten früh auf. Mit 25 wurde er zum Ausbildungslehrgang als Polizeikommissar zugelassen, von wo er bis in die Besoldungsgruppe A 13 gelangte. Parallel begann sein Aufstieg bei der GdP. Erst als Personalrat im Rhein-Erft-Kreis, dann im damals noch bestehenden Personalrat bei der Bezirksregierung Köln und schließlich im Hauptpersonalrat der Polizei. 1997 wurde Peter Hugo Mitglied des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstands der GdP, kurze Zeit später erster stellvertretender Landesvorsitzender.

Peter Hugo war bis zu seiner Verabschiedung in den Ruhestand im Dezember 2012 einer der wichtigsten Netzwerker der GdP. Er kannte den früheren Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers (CDU) noch aus der Zeit, als dieser in einem alten VW Golf übers Land fuhr, und hatte auch zu anderen Spitzenpolitikern der damaligen Zeit einen direkten Gesprächskontakt. In seiner ihm eigenen, immer unbekümmert wirkenden Art konnte Peter Hugo Kontakte herstellen, die anderen verschlossen blieben.

Dass Peter Hugo in seinen 42 Jahren bei der Polizei auch die Schattenseiten des Polizeiberufs kennengelernt hat, wussten nur die wenigsten. Im Herbst 1977, mit gerade einmal 26 Jahren, saß er im zweiten Streifenwagen, der nach der Entführung des damaligen Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer durch die RAF

am Tatort in Köln eingetroffen war. Die von der RAF erschossenen Kollegen auf der Straße liegen zu sehen, hat ihn sein ganzes Leben lang beschäftigt.

Später hat Peter Hugo auch selber zweimal von der Schusswaffe Gebrauch machen müssen und musste sich dafür vor Gericht rechtfertigen. Dass er sich zeitlebens in der GdP engagiert hat, hatte auch damit zu tun, dass er anderen Kolleginnen und Kollegen eine ähnliche Erfahrung ersparen wollte.

Peter Hugo ist am 22. Dezember einem langjährigen Krebsleiden erlegen. ■



Nachruf

Norbert Wulf	13.11.1951	Bielefeld	Edda Wisniewski	01.09.1943	Kleve
Lieselotte Altenhoff	03.10.1921	Bochum	Helmut Garnich	27.03.1940	Lippe
Erwin Borns	20.02.1936	Coesfeld	Daniel Nieswandt	06.02.1988	Mettmann
Klaus-Dieter Wolters	28.03.1946	Coesfeld	Susanne Bergmann-Boecker	08.08.1965	Münster
Manfred Häger	14.03.1941	Dortmund	Peter Hugo	13.12.1950	Rhein-Erft-Kreis
Bruno Fahl	03.06.1933	Düsseldorf	Dietmar Zacher	07.01.1940	Rhein-Erft-Kreis
Rolf Lüker	28.08.1935	Düsseldorf	Erwin Mohns	03.12.1930	Unna
Klaus Brack	07.04.1945	Ennepe-Ruhr	Walter Stracke	07.07.1941	Unna
Erika Möller-Nettelbeck	26.08.1951	Essen/Mülheim	Willi Dirx	03.11.1922	Viersen
Heinz Eckmann	09.02.1937	Hamm	Heinz Horn	16.12.1932	Wesel
Brigitte Beicht	26.03.1958	Innenministerium NW			